

Regionale Implikationen der Zuwanderung aus dem Ausland in Deutschland

Abstracts

Dezembertagung des Arbeitskreises "Städte und Regionen" der DGD
in Kooperation mit dem BBSR

3. Dezember bis 4. Dezember 2015 in Berlin

Michael Behling

MehrWertQuartier Leipzig: Potenziale aktivieren - Unternehmen ansiedeln - Arbeit schaffen

Dieses Referat informiert über ein ESF-Stadtteilprojekt (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier - BIWAQ) der Stadt Leipzig, in dessen Rahmen Personen mit Migrationshintergrund gestärkt, wieder in Beschäftigung gebracht werden sollen/können oder ihr Unternehmen stabilisieren.

- Das BIWAQ-Projekt ist in den Handlungsfeldern „Nachhaltige Integration von Langzeitarbeitslosen Frauen und Männern“ und „Stärkung der lokalen Ökonomie“ tätig.
- Ein ArbeitsladenPLUS bietet niedrigschwellige Beratung, Coaching, Lotsenfunktion mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt. Im Handlungsfeld Wirtschaft steht vor allem die aufsuchende Beratung von KMU und die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Vordergrund.
- Leipzig ist die Stadt mit dem höchsten Migrantenanteil in den neuen Bundesländern (2014: 10%), im Projekt-Stadtteil Leipziger Osten hat jede/r 4. einen Migrationshintergrund.

Kontakt:

Dr. Michael Behling
behling-consult Halle
kontakt@behling-consult.de

Johann Fuchs, Alexander Kubis, Lutz Schneider

Langfristiges Erwerbspotenzial und Zuwanderungspotenziale: Regionale Implikationen

Die demographische Entwicklung beeinflusst den deutschen Arbeitsmarkt in vielfältiger Weise. Ein absehbarer Trend betrifft das Erwerbspotenzial, das unter Status-Quo-Bedingungen in den nächsten Dekaden erheblich schrumpfen wird. Neueren Schätzungen zufolge würde dieses Potenzial in den kommenden 20 Jahren ohne Zuwanderung um gut zehn Millionen Arbeitskräfte von derzeit knapp 46 Mio. auf etwa 35 Mio. im Jahr 2035 zurückgehen.

Nachdem das Arbeitskräfteangebot zu den Determinanten des Wachstumspotenzials einer Ökonomie gehört, könnte ein rückläufiges Erwerbspotenzial für sich genommen zu geringerem wirtschaftlichem Wachstum führen. Es bedroht ebenfalls die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme, da den weniger werdenden Arbeitskräften eine zunehmende Zahl an Rentnern gegenübersteht.

Der Beitrag quantifiziert auf der Basis unterschiedlicher Annahmen die Entwicklung des Erwerbspotenzials bis 2050. Im Zentrum steht die Frage, inwieweit Migration diese Schrumpfung kompensieren kann. Dafür wird der Vortrag die Zuwanderungspotenziale aus der EU sowie den Drittstaaten getrennt beleuchten.

Im Ergebnis kann gezeigt werden – über die lange Frist gemittelt –, dass Zuwanderung den demografischen Einfluss mildern, aber voraussichtlich nicht vollständig kompensieren kann. Dies gilt auch für den Fall einer stark steigenden inländischen Erwerbsbeteiligung.

Anhand der aktuellen Entwicklung lässt sich ferner erkennen, in welcher unterschiedlicher Weise Regionen von der Zuwanderung profitieren. Ebenso konzentriert sich die Zuwanderung von Ausländern in den deutschen Arbeitsmarkt aktuell auf bestimmte Berufssegmente und Qualifikationsniveaus.

Kontakt:

Dr. Johann Fuchs
Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung, Nürnberg
johann.fuchs@iab.de

Dr. Alexander Kubis
Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung, Nürnberg
alexander.kubis@iab.de

Prof. Dr. Lutz Schneider
Hochschule für angewandte
Wissenschaften Coburg
lutz.schneider@hs-coburg.de

Wido Geis, Anja Katrin Orth

Fachkräftezuwanderung regional: Kommen die Zuwanderer dort an, wo sie am meisten gebraucht werden?

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist Deutschland zunehmend auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. So ist nach aktuellen Schätzungen bis zum Jahr 2030 mit einem Rückgang der Erwerbspersonenzahl in Deutschland um rund 2 Millionen oder 5 Prozent zu rechnen (Vogler-Ludwig et al. 2015). Dies führt einerseits zu großen Herausforderungen im umlageorientierten Sozial- und Rentenversicherungssystem und andererseits zu Engpässen am Arbeitsmarkt. Dabei ist die Mobilität der Erwerbsbevölkerung auch innerhalb Deutschlands eingeschränkt, sodass sich Engpasssituation und Arbeitsmarktlage in einzelnen Regionen und Kommunen deutlich unterscheiden können. Dies ist bereits heute der Fall, da viele ostdeutsche Kommunen von Überalterung und Versorgungsengpässen etwa im Gesundheitsbereich und viele süddeutsche Kommunen von einer starken wirtschaftlichen Entwicklung und einer hohen Arbeitskräftenachfrage in der Industrie geprägt sind. Daher ist es wichtig, dass die gesuchten Fachkräfte aus dem Ausland nicht nur nach Deutschland kommen, sondern auch in den „richtigen“ Kommunen landen.

Anhand der Zahlen der Wanderungsstatistik und des Ausländerzentralregisters, die auf Kreisebene vorliegen, wird dargestellt, inwiefern das bisher bereits der Fall ist. Dabei wird auch darauf eingegangen wie sich die Verteilung der in verschiedenen Kontexten zuwandernden Personen (EU-Zuwanderung, Erwerbs-, Bildungsmigration, Familien, humanitäre Zuwanderung) unterscheidet. Diese Differenzierung ist sehr wichtig, da die verschiedenen Zuwanderungsformen unterschiedlich stark steuerbar sind. So können im Kontext der Erwerbsmigration gezielt die am deutschen Arbeitsmarkt gesuchten Fachkräfte ausgewählt werden, wohingegen im Kontext der humanitären Zuwanderung Zahl und Qualifikationsstruktur der Zuwanderer deutlich schwerer beeinflussbar sind.

Basierend auf diesen Ergebnissen wird eine Einschätzung darüber gegeben, welchen Beitrag Zuwanderung zu Fachkräftesicherung in den verschiedenen Regionen Deutschlands leistet und leisten kann. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Frage gelegt, inwieweit auch die besonders stark von demografischen Wandel betroffenen Kommunen insbesondere in Ostdeutschland von einer gesteuerten Erwerbs- und Bildungsmigration profitieren und profitieren können.

Kontakt:

Dr. Wido Geis
Institut der deutschen Wirtschaft
geis@iwkoeln.de

Anja Katrin Orth
Institut der deutschen Wirtschaft
orth@iwkoeln.de

Birgit Glorius

Flüchtlingsaufnahme in Sachsen aus interkommunal vergleichender Perspektive

Das Migrationsgeschehen in Deutschland wird seit einigen Jahren zunehmend durch Fluchtmigration geprägt. Durch Quotierungsverfahren werden die ankommenden Flüchtlinge auf die Bundesländer verteilt. Nach der Registrierung in einer Erstaufnahmeeinrichtung erfolgt eine weitere Verteilung auf einzelne Kommunen, wo die Flüchtlinge zumindest für die Dauer ihres Asylverfahrens heimisch werden sollen. Die aufnehmenden Kommunen werden dabei vor verschiedenste Problemlagen gestellt, angefangen bei den lagebedingten und baulichen Voraussetzungen für die Aufnahme von zusätzlicher Bevölkerung, über Fragen der sozialen Integration (z. B. Partizipation im Bildungswesen) bis hin zur Akzeptanz innerhalb der lokalen Bevölkerung. Die vermehrte Anwesenheit von Flüchtlingen und die Diskurse über Flüchtlingsaufnahme haben zu verschiedensten spontanen Reaktionsmustern geführt, z. B. zur Entstehung der xenophobischen Protestbewegung PEGIDA – aber auch zu neuen Bewegungen des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Migrantenselbstorganisation. Langfristig stellt sich die Frage, ob die Ansiedlung von Flüchtlingen in Schrumpfungregionen einen positiven Effekt im Sinne einer „replacement migration“ haben könnte.

Anhand des Unterbringungsmanagements für Flüchtlinge in Sachsen soll die Aufnahmesituation als Herausforderung für Kommunen dargestellt werden. Der geplante Beitrag schildert zunächst die Verteilungsverfahren im Freistaat Sachsen und konzentriert sich dann auf ländliche, periphere Regionen. Anhand von ausgewählten Fallbeispielen aus ländlichen Regionen Sachsens werden die Lagebedingungen, die demographische Vorgeschichte und die Infrastrukturausstattung der betrachteten Regionen als Hintergrundfolie für die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen analysiert. Der Beitrag wird sich dann auf die Frage konzentrieren, auf welcher Grundlage gesellschaftliche Integrationspotenziale einerseits bzw. xenophobe Einstellungen und daraus resultierende destruktive Verhaltensweisen andererseits ausgebildet werden und welche Effekte diese für den Akkulturationsprozess zeitigen. Abschließend werden die Befunde generalisiert und vorläufige Schlussfolgerungen hinsichtlich der langfristigen Auswirkungen der Flüchtlingsansiedlung sowie des kommunalen Integrationspotenzials für verschiedene Regionstypen gezogen.

Die Daten für diesen Vortrag stammen aus Statistiken und Verwaltungsdaten, aus teilnehmender Beobachtung sowie aus Experteninterviews mit Akteuren aus Politik, Verwaltung und Ehrenamt in ausgewählten ländlichen Regionen Sachsens, die im laufenden Jahr 2015 durchgeführt wurden.

Kontakt:

Jun. Prof. Dr. Birgit Glorius,
TU Chemnitz, Institut für Europäische Studien
birgit.glorius@phil.tu-chemnitz.de

Jun. Prof. Dr. Birgit Glorius, Diplom-Geographin, seit 2013 Juniorprofessur Humangeographie Ostmitteleuropas an der TU Chemnitz. Neben Fragen des demografischen Wandels mit seinen Auswirkungen gehören zu den Arbeitsschwerpunkten Themen der Migrationsforschung, insbesondere hinsichtlich verschiedener Migrationstypen sowie in Koppelung mit Lebenslaufansätzen. Zum vorgeschlagenen Thema baue ich seit 2014 eine Forschungsinitiative innerhalb des Exzellenznetzwerks IMISCOE auf, die unter dem Titel „Refugees in European Localities: Reception, Perceptions and Policies“ ländervergleichende Forschungsansätze entwickelt.

Sonja Haug

Zuwanderungsentwicklung in der Oberpfalz. Daten, Implikationen und Perspektiven

Der bayerische Regierungsbezirk Oberpfalz ist durch starke regionale Disparitäten geprägt. Auf der einen Seite weist Regensburg (ca. 153.000 Einwohner) als Stadt mit einem Anteil von 30% an Personen mit Migrationshintergrund einen positiven Wanderungssaldo auf. Aktuell ist das Wanderungsgeschehen in Regensburg durch starke Zuwanderung aus Mittel- und Südosteuropa, Anwerbung von Arbeitsmigranten aus Südeuropa (Gesundheitsbereich, Tourismus, Handwerk, Industrie) sowie eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge geprägt. Große Teile der Personen mit Migrationshintergrund weisen ein überdurchschnittliches Bildungsniveau auf. Arbeitsmarkt, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen nehmen Migranten in hoher Zahl auf und das ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung bei der Integration von Flüchtlingen ist sehr hoch. Einzig der Wohnungsmarkt stößt an seine Grenzen. Inwieweit sich diese Entwicklung in den benachbarten Kreisen Neumarkt oder Schwandorf zeigt, soll untersucht werden.

Auf der anderen Seite zeigen sich in der Oberpfalz (Amberg, Cham, Weiden, Neustadt an der Waldnaab, Tirschenreuth) viele Merkmale einer vom demografischen Wandel besonders betroffenen Region, wie Abwanderung, Alterung, Fachkräftemangel und Wohnungsleerstand in ländlichen Gemeinden. Es stellt sich die Frage, welche Perspektiven sich für die Oberpfalz durch Zuwanderung aus dem Ausland u.a. für den Arbeitsmarkt und regionale Bildungseinrichtungen ergeben können. Inwieweit haben die neusten Migrationsbewegungen bereits Auswirkungen auf die prognostizierte stark abnehmende Bevölkerung (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2014) sowie den Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der Fachkräfte (Schlömer 2012) und des Humankapitals (Maretzke 2013)? Werden die Unterschiede zwischen Stadt und Land bzw. zwischen Zentrum und Peripherie sich weiterhin verstärken oder lassen sich durch die aktuelle Zuwanderung Konsequenzen des demografischen Wandels abmildern?

Es wird auf amtliche Statistiken (Wanderungsstatistik, Zensus 2011) sowie eigene Daten aus einer Befragung für den Integrationsbericht Regensburg zurückgegriffen, darüber hinaus auf qualitative Experteninterviews aus dem Bereich Anwerbung und Flüchtlinge.

Kontakt:

Prof. Dr. habil. Sonja Haug
OTH Regensburg
sonja.haug@oth-regensburg.de

Angela Jain, Sabine Schröder

Lokale Beschäftigungspotenziale aktivieren: Migranten als Entrepreneure

Migrantisches Unternehmertum in Deutschland beschränkt sich längst nicht mehr auf die prekären Ränder unserer Ökonomie. Das zeigen jüngste Untersuchungen: Seit den 1990er Jahren hat sich die Zahl selbstständiger Migranten beinahe verdreifacht, jede sechste unternehmerisch tätige Person hat heute ausländische Wurzeln. Angesichts der Tatsache, dass die Anerkennung von Qualifikationen immer noch schwierig und der Zugang zu Kapital eingeschränkt ist, sind diese Zahlen beeindruckend.

Die Entwicklungen zeigen: Es gibt gute Gründe, ethnisches Unternehmertum nicht nur als soziales Phänomen zu erklären, sondern auch sein ökonomisches Potenzial auszuloten. Die deutsche (und internationale) Ethnic-Entrepreneurship-Forschung leistet letzteres bisher nur in Ansätzen. Deshalb wird es künftig darauf ankommen, vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen Ideen zu entwickeln, auf welche Weise das spezifische Potenzial ethnischen Unternehmertums gestärkt werden kann. Die im Vortrag präsentierte Studie bedient sich hierzu eines Ansatzes aus der allgemeinen Entrepreneurship-Forschung, der als Opportunity Recognition, also das Wahrnehmen einer Gelegenheit beschrieben wird.

Gegenstand der Studie war die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zur Förderung ethnischen Unternehmertums in Berlin. Diese konzentrieren sich vor allem darauf, spezifische Chancen und Stärken von Gründer/innen und Unternehmer/innen mit Migrationshintergrund zu erkennen und zu nutzen. Ethnische Herkunft, Tradition und Perspektive werden dabei als wichtige und oft entscheidende Ressource gedeutet. Sie werden genutzt für Unternehmenskonzepte, Geschäftsmodelle und -strategien. Die Studie verknüpfte somit Erkenntnisse aus der Ethnic-Entrepreneurship-Forschung mit den Ergebnissen des Opportunity-Recognition-Ansatzes.

Als Ergebnis wurde exemplarisch herausgearbeitet, wie Unternehmensgründungstätigkeit von Migrantinnen und Migranten in Berlin besser gefördert werden kann. Ferner ging es darum, das Verständnis ethnischen Unternehmertums auszuweiten und den Diskurs um Integration und Arbeitsmarkt zu stimulieren.

Kontakt:

Dr. Angela Jain
nexus Institut für Kooperationsmanagement
und interdisziplinäre Forschung GmbH
jain@nexusinstitut.de

Sabine Schröder
nexus Institut für Kooperationsmanagement
und interdisziplinäre Forschung GmbH
schroeder@nexusinstitut.de

Gudrun Kirchhoff

Zuwanderung als Potenzial für die Entwicklung der Zentren in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raums

Mit dem demografischen Wandel wird auch in den Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raums die soziale und kulturelle Vielfalt der Bevölkerung weiter zunehmen, mit Auswirkungen auf das Zusammenleben und die Teilhabechancen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. In diesem Zusammenhang gelten die Themen Wohnen und sozialräumliche Integration in den kleineren Städten als wichtiges Handlungsfeld. Wenngleich das Wohnen von Zuwanderern in Kleinstädten weniger segregiert ist als in Großstädten, so sind doch Schwerpunktbereiche zu erkennen. Dies sind vor allem die Altstadtkerne und Siedlungen in Stadtrandlage.

In den Kleinstädten gilt die Innenstadt als Aushängeschild, sie ist „die gute Stube“ der kleinstädtischen Gesellschaft, insbesondere bei gut erhaltenen historischen Zentren. Gleichwohl kämpfen Kleinstädte mit Funktionsverlusten. Leerstände bei Gewerbe und Wohnen sind in vielen Innenstadtbereichen der Kleinstädte zu beobachten. Das Wohnen in den historischen Altbauten hat an Attraktivität verloren. Die angestammte Bewohnerschaft zieht vermehrt in neu geschaffene Eigenheim- und Mietwohngebiete am Stadtrand. In die freiwerdenden, weniger nachgefragten innerstädtischen Altbauwohnungen ziehen bzw. zogen Bewohner, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, z.B. Migrantinnen und Migranten. Mit der veränderten Bevölkerungs- und Nutzungsstruktur entstehen Fremdheits- und Identitätskonflikte und eine veränderte Wahrnehmung des Innenstadtbereichs als Repräsentationsort der Kleinstadtgesellschaft.

Dies ist die Ausgangslage für das seit Juli 2015 vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführte dreijährige Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“.

Im Zentrum des Projektes stehen Klein- und Mittelstädte im ländlich geprägten Raum, deren Innenstädte Funktionsverluste und einen vergleichsweise hohen Zuwandereranteil aufweisen. Ziel des Projektes ist es, durch eine auf die Potenziale der Zuwanderer ausgerichtete Migrations- und Integrationspolitik und gemeinsame Identitätsbildungsprozesse, die Integration in den innerstädtischen Wohnbereichen zu verbessern sowie die gesellschaftliche Teilhabe der Migrantinnen und Migranten zu stärken. Im Zusammenspiel von baulich infrastrukturellen und sozial integrativen Maßnahmen unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure und Bewohnerschaft werden positive Entwicklungsimpulse für das Zusammenleben und die städtische Identität erwartet, was zur Stabilisierung der städtischen Zentren beitragen kann. In das Forschungsprojekt werden bundesweit neun ausgewählte Kommunen einbezogen, die modellhaft für die Situation in den Klein- und Mittelstädten der ländlich strukturierten Regionen stehen.

Der Beitrag stellt Ziele, zentrale Fragestellungen, die Projektkonzeption und erste Thesen vor.

Kontakt:

Gudrun Kirchhoff
Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Kirchhoff@difu.de

Jan Kluge

Die Effekte von Zuwanderung auf die künftige Zusammensetzung der Bevölkerung

Wenn es um den demografischen Wandel in Deutschland geht, dann werden häufig zwei Dimensionen diskutiert: Die Schrumpfung der Bevölkerungszahl und die Alterung der Bevölkerung. Beide werden das Bild der Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten drastisch verändern und stellen die öffentlichen Haushalte vor große Herausforderungen. Verstärkte Zuwanderung könnte ein Mittel sein, diese Effekte abzumildern. Dadurch wird die Zusammensetzung der Bevölkerung, z.B. nach Herkunft, Kultur und Religion, immer heterogener. Auch das ist eine Dimension des demografischen Wandels.

Die Dresdner Niederlassung des ifo Instituts hat im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Gutachten mit dem Titel „Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland“ erstellt, in dem das Zusammenspiel von Migration und Demografie näher beleuchtet wird. Die zentralen Ergebnisse dieses Gutachtens, das in den kommenden Wochen erscheinen wird, möchten wir am 03./04.12.2015 bei der DGD/BBSR-Dezembertagung vorstellen.

Der Schwerpunkt der Präsentation soll auf der Darstellung der demografischen Aspekte von Zuwanderung liegen. In Anlehnung an die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird eine Vorausberechnung vorgenommen, die die Bevölkerung mit Migrationshintergrund berücksichtigt und darüber hinaus nach Personengruppen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen aufgliedert werden kann. Dabei ergibt sich, dass im Jahr 2030 je nach Zuwanderungsszenario bis zu 30 % der Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund haben werden; heute sind es lediglich etwas mehr als 20 %. Ein Grund dafür ist, dass das Medianalter der Zuwanderer z.B. im Jahr 2013 mit nur 29,3 Jahren deutlich geringer war als das der deutschen Wohnbevölkerung (45,6 Jahre). Ein weiterer Grund ist die höhere Geburtenziffer der Personen mit Migrationshintergrund; insbesondere in der ersten Generation.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist innerhalb Deutschlands sehr ungleichmäßig verteilt. Im Gutachten werden Repräsentationskoeffizienten berechnet um zu untersuchen, ob in einer Region relativ zum deutschen Durchschnitt viele oder wenige Personen mit Migrationshintergrund leben. Dabei wird deutlich, dass Migranten in Ostdeutschland sehr deutlich unterrepräsentiert sind. Am höchsten sind die Repräsentationskoeffizienten erwartungsgemäß in den westdeutschen Ballungsräumen und in Berlin. Das relativ starke Wachstum der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird sich dort also am stärksten auf das Bild der Gesellschaft auswirken.

Auch die infolge von Zuwanderung zunehmende Heterogenität der Bevölkerung fällt in den Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands sehr unterschiedlich aus. In dem Gutachten wird gezeigt, dass in den grenznahen Gebieten üblicherweise Migranten aus dem angrenzenden Nachbarland eine der größten Zuwanderergruppen stellen. In den größeren Städten sowie in Ostdeutschland ist die ausländische Bevölkerung dagegen sehr heterogen zusammengesetzt. In Westdeutschland dominieren noch die Zuwanderergruppen aus der Zeit der Gastarbeiteranwerbung. In den letzten 15 Jahren hat jedoch auch dort die Heterogenität deutlich zugenommen.

Kontakt:

Jan Kluge
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.
Niederlassung Dresden
kluge@ifo.de

Tobias Maier, Alexandra Mergener

Regionale Bewerberengpässe = Regionale Migration? Zum Zusammenhang von Arbeitskräfteangebot und Zuwanderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt nach Regionen

Mittelfristig wird die demografische Entwicklung flächendeckend Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt haben. Regional stellen die demografischen Prozesse die Betriebe bereits jetzt vor Herausforderungen in der Personalrekrutierung. 2011 hat die Bundesregierung deshalb ein Fachkräftekonzept verabschiedet, das unter anderem die qualifizierte Zuwanderung als einen von fünf Sicherungspfaden beinhaltet. Die jüngsten Wanderungsentwicklungen zeigen, dass Deutschland – auch durch die europäische Wirtschaftskrise – starke Zuwanderungsgewinne verzeichnen kann.

Gegenwärtig gibt es allerdings noch keine belastbaren Analysen, ob und in welchem Umfang die Zuwanderung auch wirklich als Angebot bzw. Angebotspotenzial für Beschäftigung vor dem Hintergrund der branchenbezogenen Arbeitsmarktsituationen für die Betriebe in Frage kommt. Und wenn angenommen werden kann, dass schon jetzt spürbare Bewerberengpässe zu einer höheren Bereitschaft führen, Migranten in den Betrieben einzustellen, welche Wirtschaftsbereiche und vor allem welche Regionen Deutschlands wird diese Entwicklung stärker, welche schwächer treffen?

Regionale Unterschiede hinsichtlich der Fachkräftesituation lassen sich schon jetzt deutlich erkennen. Um jedoch auch die damit eventuell einhergehende Neigung der Personalentscheider Bewerber aus dem Ausland zu rekrutieren zu erfassen, bedarf es einer Untersuchung, welche die Bedingungen unter denen Migranten bei deutschen Unternehmen eine Chance erhalten herausfiltert. Üblicherweise ist eine solche Trennung der einzelnen Bedingungen und Effekte anhand sozialwissenschaftlicher Umfragen schwer vorzunehmen, da Ursachen und Wirkungen nicht wie in einem Experiment zufällig variiert werden können.

Daher führen wir eine breit angelegte Befragung in über 2000 deutschen Betrieben durch, die um ein Instrument ergänzt wird, das im Rahmen der Rational Choice Forschung entwickelt wurde, um kausale Zusammenhänge im individuellen Entscheidungsverhalten aufzudecken: Eine Vignettenstudie bzw. ein Faktorieller Survey. Dieses als Online-Studie angelegte Faktorielle Survey Design erlaubt es uns den Befragten verschiedene Bewerberprofile mit zufällig rotierenden Bewerbungseigenschaften zur Bewertung vorzulegen. Dadurch kann genau herausgefiltert werden, welchen Einfluss die jeweiligen Bewerbungseigenschaften, wie bspw. die Nationalität, ausländische Berufsbildungsabschlüsse oder Deutschkenntnis, auf die Rekrutierungsentscheidung hat.

Die Erkenntnisse der Studie werden vor allem im Hinblick auf regionale Gegebenheiten des Arbeitsmarktes analysiert, sodass es uns möglich sein wird Regionen (Bundesländer) und Berufe herauszustellen, in denen Zuwanderern in der Personalrekrutierung der Betriebe schon jetzt eine hohe Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Kontakt:

Tobias Maier
Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)
Tobias.Maier@bibb.de

Alexandra Mergener
Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)
Mergener@bibb.de

Steffen Maretzke, Claus Schlömer

Aktuelle Zuwanderungen aus dem Ausland. Eine Herausforderung für die Erstellung regionalisierter Bevölkerungsprognosen

Eine Kernkompetenz des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung in Bonn liegt in der Erstellung regionalisierter Bevölkerungsprognosen. Im Zuge der gewaltigen Zuwanderung aus dem Ausland, die so bislang kaum vorhersehbar war, ist es für das BBSR eine große Herausforderung, ihre langfristigen Regionalprognosen zu überdenken.

Allerdings gibt es in diesem Kontext derzeit und sicher auch auf absehbare Zeit sehr viele Unbekannte:

- In welche Räume gehen die vielen Flüchtlinge?
- Wie sieht es mit Ihren Bleibeabsichten in diesen Räumen aus?
- Über welches Integrationspotenzial verfügen die Räume?
- Welche Alters- und Geschlechterstrukturen prägen diese Zuwanderer?
- Sind unsere bisherigen Modelle zur regionalen Verteilung der Außen- und Binnenwanderungen noch verwendbar?
- Welches Ausmaß werden diese Zuwanderungen in den nächsten Jahren haben?

Der Beitrag stellt erste Überlegungen des BBSR zur Verteilung der Flüchtlinge auf die Regionen in Deutschland vor. Er entwickelt Standpunkte zu der Frage, ob sich die bisherigen Verteilungsmodelle der Wanderungen auch künftig nutzen lassen und wie diese gegebenenfalls angepasst werden könnten.

Wichtig in diesem Kontext ist, dass wir bei diesen Arbeiten nicht an einer Aktualisierung von Prognosen arbeiten, sondern an Szenarien.

Kontakt:

Dr. Steffen Maretzke
Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung im BBR Bonn
steffen.maretzke@bbr.bund.de

Dr. Claus Schlömer
Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung im BBR Bonn
claus.schloemer@bbr.bund.de

Thomas Napp, Ludwig Scharmann

Zuwanderung als Chance für den peripheren ländlichen Raum: Die Servicestelle für ausländische Fachkräfte im Landkreis Görlitz zwischen regionaler Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktintegration

Die demographische Entwicklung der ländlichen Räume Sachsens ist – insbesondere in den peripher gelegenen – durch anhaltende Schrumpfung und Alterung gekennzeichnet. Eine Strategie der Zuwanderung aus anderen Regionen Sachsens und Deutschlands stellt keine reale Option dar. Die mit dem altersbedingten Ausscheiden der Fachkräfte mit DDR-Biographie entstehenden Bedarfe sind auf dem lokalen Arbeitsmarkt gerade abseits der Großstädte nicht zu decken, so dass die Potenziale aus dem Ausland insbesondere in den Grenzregionen Sachsen zunehmend in den Fokus genommen werden. Im Rahmen der Regionalentwicklung sind bereits Konzepte und Strategien zur Fachkräftegewinnung im Erzgebirge und im Vogtland gefördert worden.

Mit der Auslobung des Wettbewerbs „Impulsregionen – Innovative Wege der regionalen Daseinsvorsorge“ hat die Raumordnung in Sachsen 2013 erstmals die Option einer Förderung von konkreten Umsetzungsmaßnahmen eröffnet, einschließlich fachübergreifend angelegter investiver Vorhaben. Als Wettbewerbspreisträger hervorgegangen, konnte im September 2014 die Servicestelle für ausländische Fachkräfte im Landkreis Görlitz eingerichtet werden. Die Servicestelle greift zwei globale Herausforderungen der Gegenwart auf: Fachkräftesicherung und Zuwanderung. Zentrale Zielsetzung der Servicestelle sind deshalb die Stärkung der regionalen Wirtschaft im ländlichen Raum einer der am stärksten vom demographischen Wandel betroffenen Regionen Deutschlands sowie die Arbeitsmarktintegration der zuwandernden Fachkräfte.

Die Servicestelle berät und betreut regionale Unternehmen bei der Fachkräftesuche und die Fachkräfte bei der beruflichen und sozialen Integration. Hierzu zählen die Vermittlung von Jobs, die Beratung und Vermittlung von passgenauen Sprachkursen, die Vermittlung von Wohnraum, KITA-Platz und Schule sowie die Begleitung der Anerkennungsverfahren von Berufsabschlüssen. Weiterhin hat die Servicestelle einen landkreisweiten Dolmetscher- und Übersetzerpool aufgebaut, den sie den Unternehmen und Verwaltungen im Landkreis Görlitz als Dienstleister zur Verfügung stellt. Gegenwärtig betreut die Servicestelle etwa 100 Fachkräfte und ebenso viele Unternehmen. Etwa die Hälfte der Fachkräfte kommt aus den benachbarten Regionen in Polen und Tschechien, die andere Hälfte stammt aus weiteren EU-Ländern sowie aus den verschiedensten Drittstaaten. Der Erfolg der Servicestelle basiert auf dem Aufbau eines verlässlichen, grenzüberschreitenden Netzwerkes aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Gleichwohl stellt der fachübergreifende Ansatz mit informellen Instrumenten der Regionalentwicklung alle Beteiligten auch immer wieder vor neue Herausforderungen. Der Beitrag versucht, sowohl aus dem Blickwinkel „von oben“ als „vor Ort“ die Chancen und Herausforderungen der Zuwanderung für den ländlichen Raum zu beschreiben.

Kontakt:

Dr. Ludwig Scharmann
Sächsisches Staatsministerium des Innern
Dresden
Ludwig.Scharmann@smi.sachsen.de

Thomas Napp
Sächsisches Migrationszentrum
Servicestelle für ausländische Fachkräfte im Landkreis Görlitz
Reichenbach/O.L.
thomas.napp@wirtschaft-goerlitz.de

Anja Nelle

Zuwanderung als Impuls für den Stadtumbau?!

Die Transformation vieler Klein- und Mittelstädte im peripheren Raum Deutschlands wird aktuell durch zwei Themen bestimmt: die städtische Schrumpfung als langfristiger Prozess einerseits und die derzeit starke Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern andererseits.

Nach den Raubeobachtungen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung¹ schrumpften im Jahr 2012 36,5% aller Kreise in Deutschland. Bis 2035 werden eine Verdoppelung der Strebeüberschüsse und anhaltende Haushaltsrückgänge erwartet. Überwiegend betroffen sind Klein- und Mittelstädte. Einer perspektivisch sinkenden gesamtdeutschen Einwohnerzahl und einer Ausdifferenzierung zwischen wenigen Wachstumspolen und schrumpfenden Regionen, stehen die internationalen Wanderungen als „einzig verbliebene Wachstumsquelle auf der gesamtstaatlichen Ebene“ (ebd.: 9) gegenüber. Im Jahr 2014 sind mehr als 200.000 Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen worden, überwiegend Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem arabischen Raum, die eine hohe Anerkennungs- und Bleibeperspektive haben. Die Bundesregierung rechnet für 2015 inzwischen mit bis zu 800.000 Asylbewerbern und Flüchtlingen (Stand August 2015).

Während die demographische Entwicklung in schrumpfenden Kommunen mit Nachfrage- und Funktionsverlusten verbunden ist, bringt die Zuwanderung von Flüchtlingen eine steigende Nachfrage nach „klassischen“ Funktionen wie Wohnraum und sozialer Infrastruktur (Kitas, Schulen) sowie nach neuen Funktionen, die eine Integration ermöglichen (bspw. Bildungsangebote und Beschäftigungsmöglichkeiten). Die „Win-win-Situationen“ – d.h. das Potenzial, das die Zuwanderung von Flüchtlingen für den Funktionserhalt in schrumpfenden Städten birgt und die Perspektiven, die sich für Flüchtlinge in diesen Kommunen bieten, liegen theoretisch auf der Hand.

Bislang fehlen jedoch Forschungen, die die Stadtentwicklung in schrumpfenden Städten mit der Integration von Zuwanderern in Relation setzten. Forschungsarbeiten liegen überwiegend getrennt vor, zum einen bezogen auf Zuwanderung und Integration von Zuwanderern und zum anderen auf die Entwicklungsperspektiven und Stadtumbau in schrumpfenden Städten. Zwei Forschungsprojekte der Schader Stiftung, liefern jedoch Ansatzpunkte: „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ (2011) sowie „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“ (2014).

Das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) war in die Durchführung des ersten Forschungsprojektes involviert, begleitet die Entwicklung in schrumpfenden Städten seit 2004 im Rahmen der Begleitforschung zum Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost (Bundestransferstelle Stadtumbau Ost) und konzipierte 2015 ein Forschungsvorhaben zur Zuwanderung von Flüchtlingen als Impuls für die nachhaltige Transformation schrumpfender Klein- und Mittelstädte. Der Beitrag stellt neben dem Forschungsansatz die Ergebnisse von Expertengesprächen mit Stadtumbauakteuren vor, in deren Rahmen Potenziale und Hemmnisse der Zuwanderung und Integration diskutiert und insbesondere die Praxis der Nutzung von Leerständen erörtert wurde. Die Momentaufnahmen aus der Praxis zeigen unterschiedliche pragmatische Herangehensweisen und Einschätzungen aber auch die Verunsicherung, wie Stadtumbaukonzepte unter den Voraussetzungen von Zuwanderung weiter zu entwickeln sind.

Kontakt:

Dr. Anja Nelle
Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) Erkner
Anja.Nelle@irs-net.de

¹ BBSR- Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (2015): Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. BBSR-Analysen kompakt 05/2015. Bonn, S. 10.

Marie Neumüllers

**Willkommenskultur in ländlichen Räumen:
Schlussfolgerungen aus dem BMUB-Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ 2015**

Auf Basis aktuellen empirischen Materials aus dem Wettbewerb „Menschen und Erfolge 2015“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) werden zivilgesellschaftliche und kommunale Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen, die in kleineren Städten und Gemeinden in ländlichen Räumen durch das massive Ansteigen der Flüchtlingszahlen entstehen, untersucht.

Mit dem Wettbewerb wurden innovative Ideen und Projekte zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen gesucht. Erste Erkenntnis nach der Auswertung von 265 eingegangenen Beiträgen: Die Aufgabe einer Willkommenskultur für Flüchtlinge ist auch in ländlichen Räumen angekommen und wird angenommen. Mit kreativen Ideen und dem geeigneten Netzwerk von Akteuren werden in zahlreichen kleineren Städten und Gemeinden ganz unterschiedliche Projekte umgesetzt, die

- Flüchtlingen in den ersten Wochen des Ankommens ganz praktische Alltagshilfe leisten
- Impulse für diejenigen setzen, die bleiben dürfen und wollen
- ein Aufeinanderzugehen von Einheimischen und „Neulingen“ ermöglichen.

Im Vortrag für die DGD/BBSR-Dezentertagung wird insbesondere die Rolle der Kommunen als Initiatoren, Koordinatoren und Unterstützer von Willkommensbündnissen mit unterschiedlichen selbstgestellten Aufgaben und Organisationsformen untersucht. Dabei interessiert besonders, inwieweit Flüchtlinge in die Arbeit einbezogen werden und inwieweit die Potenziale einer längerfristigen Integration für den ländlichen Raum erkannt und artikuliert werden.

Kontakt:

Marie Neumüllers
Urbanizers. Büro für städtische Konzepte/
Wettbewerbsbüro Menschen und Erfolge Berlin
neumuellers@urbanizers.de

Tobias Panwinkler

Migration - Chance für Menschen und Wirtschaft der Regionen Europas

Das Thema Migration ist sowohl im raumplanerischen Fachdiskurs, als auch in den Medien ein sehr aktuelles Thema, das oft emotional diskutiert wird. Insbesondere beim raumplanerischen Diskurs liegt dabei der Fokus auf Städten und den Regionen Westeuropas. Eine flächendeckende Betrachtung der europäischen Regionen fehlt jedoch. Zudem stellen der Demographische Wandel sowie die wirtschaftlichen Veränderungen (Wirtschafts- und Finanzkrise, Rationalisierung, Übergang Dienstleistungsgesellschaft) die regionalen Arbeitsmärkte Europas vor neue Herausforderungen. Der geplante Beitrag soll zur Versachlichung der Debatte beitragen und einen ganzheitlichen Überblick über die Regionen Europas hinsichtlich Ihrer Arbeitsmärkte und Ihrer Migrationsentwicklung geben und deren Zusammenhänge aufzeigen. Er basiert auf einer Reihe empirischer Untersuchungen inklusive Kartendarstellung, die in den letzten Monaten im Referat I3 (Europäische Raum- und Stadtentwicklung) des BBSR durchgeführt wurden.

Kurzdarstellung

Generell sind die Anteile ausländischer Personen an der Gesamtbevölkerung in den europäischen Regionen höchst unterschiedlich. Während insbesondere in den städtischen Regionen der alten Mitgliedstaaten die Anteile teilweise weit über 10% liegen, so verzeichnen gerade die ländlichen Regionen der neuen Mitgliedstaaten sehr geringe Anteile ausländischer Personen an der Gesamtbevölkerung (ESPON/BBSR 2014). Zudem gibt es in Europa klare Zu- und Abwanderungsregionen. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Erwerbstätigenquote gerade in den Regionen mit hohen, positiven Wanderungssalden sehr hoch ist. Diese sind zudem auch die Regionen mit den höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf Werten sowie mit den höchsten durchschnittlichen Einkommen pro Arbeitnehmer.

Zuwanderung findet demnach insbesondere in wirtschaftsstarken Regionen statt. Dies scheint wenig überraschend, da die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Verbesserung der eigenen Lage eine der Hauptmotivationen für die Emigration darstellt (Panwinkler 2011). Durch diese Migrationsbewegungen profitieren auch die regionalen Arbeitsmärkte. Die Zieldestinationen, in denen Arbeitskräfte nachgefragt werden, erhalten ein größeres Angebot an Arbeitskräften. In den Quellregionen wird der durch die geringe Arbeitskräftenachfrage angespannte Markt entlastet. Eine ganz besondere Stellung in Bezug auf Migration und europäische Arbeitsmärkte nehmen Asylbewerber ein. Ihnen ist es nach den staatlichen Gesetzen einiger EU Staaten nicht unmittelbar erlaubt, am Arbeitsmarkt teilzunehmen (European Commission 2007). Dies stellt sowohl für die antragstellenden Personen, als auch für den regionalen Arbeitsmarkt ein Problem dar, da so Ressourcen nicht genutzt werden können.

Die Bevölkerungsprognose der EUROSTAT schätzt in ihrem Hauptszenario, das andauernde Migrationsbewegungen vorsieht, einen Rückgang des Anteils der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) an der Gesamtbevölkerung von EU-weit durchschnittlich 66% im Jahr 2013 bis auf unter 60% im Jahr 2035. In der Variante ohne Migration noch um einen Prozentpunkt weniger. Deutlicher wird demnach der Rückgang in Deutschland von heute 66% auf 56%, in der Variante ohne Migration sogar auf 55%. Detailliert betrachtet zeigt sich, dass insbesondere in den ländlichen Regionen der neuen Mitgliedstaaten, in vielen Regionen Deutschlands und auch in Regionen Südeuropas die Bevölkerung schrumpfen und dabei altern wird (ESPON/BBSR 2014).

Um die bisherigen Abhängigkeitsindizes aufrecht zu erhalten, wird daher eine weitaus höhere Anzahl an Zuzügen notwendig sein. Sogar noch höher müsste die Anzahl der Immigranten im erwerbsfähigen Alter sein, um die gegenwärtigen Altersabhängigkeitsindizes konstant zu halten. Da für alle Staaten der EU steigende Abhängigkeitsindizes und damit weniger Arbeitskräfte prognostiziert werden, wird es zudem notwendig sein, Arbeitskräfte aus Drittstaaten zu werben. Andernfalls können sich durch die Veränderung der Abhängigkeitsindizes langfristig Veränderungen im System der Sozialleistungen ergeben.

Kontakt:

Tobias Panwinkler / Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im BBR Bonn / Tobias.Panwinkler@bbr.bund.de

Quellen:

Datenquelle: BBSR Laufende Raumbbeobachtung Europa, EUROSTAT

Abhängigkeitsindex: Noch nicht (0-14 Jahre) und nicht mehr (65+ Jahre) erwerbsfähige Personen im Verhältnis zu erwerbsfähigen Personen (15-64 Jahre) (Bähr 2010)

Bähr, Jürgen 2010: Bevölkerungsgeographie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht. 5. Auflage. Stuttgart

European Observation Network for Territorial Development and Cohesion (ESPON) and Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2014: ESPON Atlas – Mapping European Territorial Structures and Dynamics. Luxembourg

Panwinkler, Tobias 2011: Überforderte Nachbarschaft Segregation als soziale Abstiegsfalle. In: RAUM, Heft 81. Wien

European Commission 2007: EQUAL: Getting asylum seekers into employment:

http://ec.europa.eu/employment_social/equal_consolidated/data/document/etg5-policybrief-employment07_en.pdf, letzter Zugriff: 27.08.2015

Christian Pfeffer-Hoffmann

Profile der europäischen Neuzuwanderung

Eine wachsende Mobilität verändert Europa. Deutschland ist seit einigen Jahren ein Magnet für Einwandernde und hat sich in beeindruckender Weise geöffnet. Die steigende Zuwanderung wird in einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft dringend benötigt. Sie ist von zwei großen Entwicklungen geprägt: Der innereuropäischen Arbeitsmigration und der Suche nach Asyl.

In den vergangenen Jahren hat die neue Arbeitsmigration aus anderen EU-Staaten mit Zahlen zwischen der Hälfte und einem Drittel der Zuwandernden den größten Teil der Zuwanderung ausgemacht. Zwar ist bei derzeitigen starkem Anstieg der Flüchtlingszahlen in Deutschland noch nicht abzusehen, wie sich in quantitativen Verhältnisse in diesem Feld entwickeln werden.

Minor hat sich als eine der ersten Institutionen mit der empirischen Erforschung der neuen europäischen Arbeitsmigration beschäftigt, u. a. mit mehreren Studien, die die Profile der Neueinwandernden untersuchen. Dabei liegt unser Schwerpunkt neben sozioökonomischen Daten vor allem auf der Arbeitsmarktintegration und der sozialen Integration in den Kommunen.

Im Referat werden die Ergebnisse von zwei aktuellen Forschungsprojekten vorgestellt: Der *Langzeitanalyse Neue Arbeitsmigration*, die Minor im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge von März 2014 bis April 2015 durchführte, und der Studie zur *Fachkräftesicherung durch Integration zuwandernder Fachkräfte aus dem EU-Binnenmarkt*, die wir von November 2014 bis Dezember 2015 für den Berliner Senat erstellen. In beiden Projekten haben wir in umfangreichen quantitativen und qualitativen Befragungen tausende Neueinwanderer erfasst. Integration ist ein mehrstufiger Prozess, der aber immer lokal umgesetzt werden muss. Daher hat Minor in beiden Forschungsvorhaben, die auf der Tagung vorgestellt werden sollen, sozialwissenschaftliche Instrumente entwickelt und erprobt, die es ermöglichen, lokale Ressourcen und Defizite der jeweiligen Communities und Kommunen zu identifizieren. Wir beziehen dafür institutionelle wie auch zivilgesellschaftliche Akteure aktiv in die Untersuchung mit ein und wenden innovative Tools wie etwa Online-Langzeituntersuchungen an.

Es werden Ergebnisse der Untersuchung von Neuzugewanderten (seit 2008 zugewandert) aus *Bulgarien, Frankreich, Italien, Polen, Rumänien* und *Spanien* vorgelegt. Für alle Communities existieren Daten aus Berlin, für die italienischen und spanischen Migrant/-innen zudem im deutschlandweiten Vergleich.

Es zeigt sich eine sehr junge und sehr gut ausgebildete Zielgruppe, für die wir differenzierte Vergleichszahlen vorlegen. Diese neue Arbeitsmigration nach Deutschland unterscheidet sich deutlich von der „Gastarbeitermigration“ und der transnationalen Migration von Eliten. Sie ist geprägt durch (a) eine höhere Mobilität der Migrant/-innen; (b) das überdurchschnittliche Bildungsniveau und (c) der geringe Altersdurchschnitt der Neueinwandernden; (d) höhere Anforderungen bei deren beruflicher und sozialer Integration; (e) geringere Steuerungsmöglichkeiten des Staates und (f) völlig neue Aspekte wie z. B. die Migration in die Duale Berufsausbildung und die starke Nutzung sozialer Medien zur Information und zum Community Building.

Unsere Ergebnisse sollen den Handlungsbedarf aufzeigen, der besteht, um den neuen Migrant/-innen den erfolgreichen Zugang in den deutschen Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Am Beispiel der neuen Migration soll kommunalen Akteuren eine Grundlage gegeben werden, um eigene Ansätze in diesem Bereich zu entwickeln und dafür die eigenen Ressourcen sowie auch die der verschiedenen Communities effektiv und zielorientiert einzusetzen.

Kontakt:

Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann
Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e. V. Berlin
c.pfeffer@minor-kontor.de

Matthias Schulze-Böing

Immigration im Quartier gestalten. Projekt „Aufbruch Süd“

Dieses Referat wurde persönlich von Steffen Maretzke eingeworben. Es informiert über ein BIWAQ-Projekt (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) - BIWAQ) in der Stadt Offenbach.

- Ein Abstract zum Referat folgt in Kürze
- Das Projekt ist in beiden Handlungsfeldern BIWAQ tätig (Nachhaltige Integration von Langzeitarbeitslosen Frauen und Männern, Stärkung der lokalen Ökonomie).
- Fokus im HF I liegt auf der Integration in Arbeit von langzeitarbeitslosen MigrantInnen durch Praktika und Qualifizierung in Gesundheitsberufen. Im HF II wird die Neuansiedlung von Betrieben (Gesundheitsbranche) im Quartier fokussiert.
- Es liegen bereits Erfahrungen mit BIWAQ-Projekten vor.
- Offenbach weist einen hohen Migrantenanteil in der Bevölkerung auf, zudem ist hier ein besonders hoher Integrationsbedarf EU 2-Zuwanderung festzustellen.

Die beiden BIWAQ-Projekte von Leipzig und Offenbach sollen zusammen vorgetragen werden.

Kontakt:

Matthias Schulze-Böing
Stadt Offenbach am Main
matthias.schulze-boeing@offenbach.de

Petra Schütt

Übergänge nicht nur bewältigen, sondern kreativ gestalten. Migrantisches Unternehmertum in München

Migrantenunternehmen sind zunehmend im Fokus kommunaler arbeitsmarktpolitischer Strategien und Maßnahmen. Die Frage, warum Menschen mit Migrationshintergrund ein Unternehmen gründen, lässt sich nicht ausschließlich mit deren kulturellen Wurzeln begründen. Ein Aspekt ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich über eine Selbstständigkeit die Möglichkeit erschließen (können), einer Erwerbstätigkeit auch dann nachzugehen, wenn sich die Integration am ersten Arbeitsmarkt – z. B. aufgrund fehlender oder nicht anerkannter Ausbildungsabschlüsse – als schwierig herausstellt. Die Gründungsprozesse, Determinanten und Folgen der Selbstständigkeit von Migrantinnen und Migranten sowie die Wechselwirkungen mit strukturell-kontextuellen Bedingungen sind allerdings wenig erforscht.

In dem Beitrag werden die Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung zur Gründungsgeschichte aus Sicht von Selbstständigen mit Migrationshintergrund vorgestellt. Im Zentrum steht eine Typenbildung, die sowohl den Kontext einbezieht, in dem die Unternehmensgründung eingebettet ist (Misserfolg am Arbeitsmarkt, gesetzliche Regelungen), als auch die Motivationslagen, die zur Selbstständigkeit geführt haben. Ein Augenmerk wird auch darauf gerichtet, welche Rolle der Migrationshintergrund in dem Gründungsprozess spielt bzw. wo er eine geringe Rolle spielt. Der Blick in die Black-box „Migrantenunternehmen“ fördert ein differenziertes Bild dieser Unternehmen zu Tage – jenseits üblicher Stereotypen. Die qualitative, am Lebensverlauf orientierte Herangehensweise macht deutlich, wie dynamisch und wechselhaft die Biografien von Selbstständigen mit Migrationshintergrund verlaufen.

Neben der Typologie werden spezifische Herausforderungen für migrantische Unternehmer_innen und verschiedene, ineinander greifende Ansatzpunkte zur Verbesserung des bisherigen kommunalen Beratungs- und Unterstützungsangebotes für diese Zielgruppe vorgestellt. Als Beispiel für eine soziale Innovation wird das Konzept der prozessorientierten Übergangsunterstützung präsentiert. Hier soll – mit HWK und IHK – ein Verfahren entwickelt werden, um bisher nicht zertifizierte Kompetenzen und berufsfachliche Qualifikationen in arbeitsmarktgängige Zertifikate zu überführen (Zertifizierung von Kompetenzen und Berufserfahrung, nicht Anerkennung von Formalqualifikationen).

Basis sind 44 qualitative, leitfadengestützte Interviews mit migrantischen Unternehmer_innen aus München. Die Fallauswahl folgte den Kriterien des Theoretical Sampling, das Datenmaterial wurde in Anlehnung an die empirisch begründete Typenbildung (Kelle/Kluge 1999) und qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2000) ausgewertet.

Kontakt

Dr. Petra Schütt
Landeshauptstadt München
petra.schuett@muenchen.de

Gabriel Spitzner, Jens Stuhldreier

Realitäten, Dynamiken und Implikationen der Zuwanderung aus Südosteuropa - Forschungsansätze und -ergebnisse aus Duisburg

Die Zuwanderung aus Südosteuropa konzentriert sich in den letzten Jahren in nur einzelnen Stadtteilen einiger Großstädte. Zu diesen Großstädten gehört auch die Stadt Duisburg. Empirisch gezeigt werden konnte dabei eine für die *Ankunftsgebiete* charakteristische Ausprägung städtischer Armut. In städtischen Statistiken der Stadt Duisburg ist eine deutliche Konzentration der Zuwanderung in zwei Ortsteile (von 49 Ortsteilen insgesamt), Hochfeld und Marxloh nachgewiesen worden. Dies sind die ‚klassischen‘ Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf (Fördergebiete der „Sozialen Stadt“), die bereits vor der Zuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien durch erhebliche soziale Probleme gekennzeichnet waren. In Sozialraumanalysen konnte für die im besonderen Maße von der Zuwanderung aus Südosteuropa gekennzeichneten Ortsteile Hochfeld und Marxloh gezeigt werden, dass einschlägige Indikatoren der sozialökonomischen *Lebenslagen* sich deutlich von den Ausprägungen derselben im gesamtstädtischen Vergleich unterscheiden.

Lebenslagen und Lebenswelten

In Betrachtung dieser quantitativ-statistischen Daten zu Bestand, Zuwächsen und ausgewählten Indikatoren der *Lebenslagen* der Zugewandertenbevölkerung lässt sich der Bedarf nach einer raumbezogenen Sozialforschung im Sinne einer die besonderen Prozesse im von den Zugewanderten bewohnten Gebieten erfassenden, verstehenden und hinsichtlich der Problemlagen Lösungen suchenden Forschung ableiten. Statistische Ergebnisse zu Konzentrationen der Zuwanderungsdynamik und zu Wohnorten im Stadtgebiet sowie zum Teil wenig gesicherte Erkenntnisse zu ethnisch-nationaler und regionaler Herkunft, altersgemäßer Zusammensetzung und Beschäftigung und Bildung wie auch alltagsweltliche Erfahrungen zu den *Lebenslagen* geben gleichwohl keine hinreichenden Hinweise über die *Lebenswelt* der Betroffenen wieder, deren Kenntnis z.B. für eine hinreichend erfolgreiche Integrationsarbeit seitens der vor Ort bereits engagiert tätigen Einrichtungen gleichwohl zwingend notwendig ist.

Hier setzt das Forschungsprojekt „Neuzuwanderer und Alteingesessene in deutschen Städten. Bulgarische und rumänische Zuwanderer und ihre Wahrnehmung durch die alteingesessene Bevölkerung“ an. Dies hat unter anderem folgende Ziele:

- erste Schritte zum Aufbau einer Wissensbasis
- Beitrag zur Versachlichung der politischen Diskussion
- Bereitstellung von Informationen für gezielte Maßnahmen in den Bereichen Ordnungs-, Beschäftigungs-, Gesundheits-, Wohnungs- und Integrationspolitik.

Dabei verfolgt es nachfolgend angezeigte methodologische und methodische Grundsätze:

- explorative gegenüber quantitativ-generalisierender Orientierung
- qualitative leitfadengestützte Interviews
- drei Zielgruppen: Alteingesessene, Neuzuwanderer (bulgarische und rumänische Staatsangehörige), Experten

Regionale Lernsysteme

Die Zuwanderung aus Südosteuropa und die in den letzten Monaten deutlich zugenommenen Fluchtbewegungen aus Krisen- und Kriegsgebieten nach Europa stellen Nachbarschaften, Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung und Politik vor neue Herausforderungen. Die hauptsächlich vor dem Hintergrund des Prozesses der Alterung geführte Debatte um den demographischen Wandel und das im Kontext der Wirtschafts- und Arbeitswelt im Schwerpunkt thematisierte Problemfeld der Fachkräftesicherung erfahren durch diese Dynamiken der Neuzuwanderung eine deutliche Erschütterung. Im Projekt TRANSDEMO werden vor dem Hintergrund der Bedeutungsaufladung von Regionen als übergeordnete Handlungsebenen Strategien der Gestaltung solcher Innovationstreiber erforscht, diskutiert und im Ergebnis in Handlungshilfen und ein Weiterbildungskonzept überführt. Die Forschungsarbeiten und –ergebnisse resp. –produkte werden dabei auch aus der methodischen Diskussion und den empirischen Evidenzen der o.g. Dokumentation der Lebenslagen wie auch der Selbst- und Außenwahrnehmung der Neuzugewanderten gespeist.

Beteiligte

Die in diesem Papier thematisierten empirischen Ergebnisse und Forschungsansätze resultieren aus den Arbeiten der Stadt Duisburg, Stabstelle für Statistik, Europaangelegenheiten und Informationslogistik und dem NUREC-Institute Duisburg e.V., das eng mit dieser Stabstelle zusammenarbeitet. Im vorliegenden Papier werden Ergebnisse der durch die benannte Stabstelle erarbeiteten Sozialraumanalysen für die Ortsteile Hochfeld und Marxloh zusammenfassend referiert und zusammen mit den durch das NUREC-Institute Duisburg e.V. in Zusammenarbeit mit der Stadt Duisburg bearbeiteten Forschungsprojekten

1. „Neuzuwanderer und Alteingesessene in deutschen Städten. Bulgarische und rumänische Zuwanderer und ihre Wahrnehmung durch die alteingesessene Bevölkerung“ (gefördert durch die Open Society Foundations) und
2. TRANSDEMO - Innovative Strategien des Übergangs auf demographiefeste Regionen (gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung)

diskutiert. Die Integration von Zugewanderten wird dabei als ein städtisches resp. regionales Lernsystem verstanden, das ohne eine hinreichende Wissensbasis über soziale Prozesse in den betroffenen Räumen nicht hinreichend gestaltet werden kann.

Kontakt: Gabriel Spitzner, Dr. Jens Stuhldreier / NUREC-Institute Duisburg e.V. / g.spitzner@nurec.de; J.Stuhldreier@stadt-duisburg.de

Britta Stöver, Loreto Bieritz, Marc Ingo Wolter

Doch noch nicht weniger und älter – Die Folgen der Zuwanderung für Arbeitsmarkt, Bauinvestitionen, Bildungsbranchen und Gesundheitswesen in Deutschland

Der demografische Wandel im Sinne einer alternden Bevölkerung und seine politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen wurden in der jüngsten Vergangenheit wieder vermehrt diskutiert. Oftmals fielen dabei negative Schlagworte wie Altersarmut, Rentnerrepublik, Alterslast, Generationenkonflikt, Arbeitsmarktengpässe u. Ä. Auch die Finanzierbarkeit des Sozialversicherungssystems und notwendige politische Reformen wurden erörtert. Mit der europäischen Wirtschaftskrise und den geopolitischen Spannungen hat die Nettozuwanderung nach Deutschland deutlich zugenommen und zu einem Anstieg der Bevölkerung geführt. Dieses Bevölkerungswachstum wird voraussichtlich noch bis 2020 anhalten. Die demografische Alterung verzögert sich damit und hat den Handlungsspielraum erhöht. Gleichzeitig sind aber auch neue Handlungsnotwendigkeiten entstanden und nicht jede Region kann davon gleichermaßen profitieren. Die Struktur der Zuwanderung zeichnet sich durch junge Personen im erwerbsfähigen Alter aus, welche häufig auch mit Kindern einreisen. Das Bildungsangebot, insbesondere in den Zuwanderungsregionen innerhalb Deutschlands, muss daher neu geplant werden. Weiterhin nimmt die Nachfrage an Wohnraum zu. Der Arbeitsmarkt wird entlastet, d.h. die Zahl der erwerbsfähigen Personen erhöht sich deutlich. Vorausgesetzt es gelingt die Integration in den Arbeitsmarkt, steigt dann auch die Zahl der Erwerbspersonen und damit das Arbeitsangebot. Das Gesundheitswesen sieht sich neben einer grundsätzlich gestiegenen Zahl an möglichen Patienten auch einer strukturellen Veränderung gegenüber: Es werden wieder vermehrt Fachärzte für Kinder oder Frauen benötigt.

Während sich die Folgen theoretisch ableiten und erörtern lassen, ist eine quantitative Abschätzung deutlich schwieriger zu erreichen. Mit unterschiedlichen Zuwanderungs-Szenarien kann die monetäre und quantitative Wirkung der Zuwanderung für die oben angesprochenen Bereiche aufgezeigt werden. Dazu kommt ein makro-ökonomisches Input-Output-Modell zum Einsatz, welches detaillierte Aussagen zu Wirtschaftsbereichen und Sektoren zulässt. In Kombination mit regionalspezifischen Modellerweiterungen lassen sich zudem regionale Disparitäten und unterschiedliche regionale Entwicklungen aufzeigen. Basierend auf den Ergebnissen aus Stöver & Wolter (2015) kann durch den Bevölkerungszuwachs infolge der Zuwanderung mit einem höheren Niveau der Wirtschaftsleistung gerechnet werden. Die höhere Anzahl an Haushalten bedeutet mehr Wohnungsbauinvestitionen, wodurch insbesondere die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe überproportional hinzugewinnen wird. Daneben werden auch in den Wirtschaftszweigen Verwaltung und Bildung mehr Erwerbstätige benötigt. Dies gilt insbesondere für Regionen mit junger Bevölkerungsstruktur und hohen Wanderungsgewinnen. Regionen mit einem hohen Durchschnittsalter, anhaltendem Bevölkerungsrückgang und geringer Zuwanderung hingegen bleiben weiterhin mit den Herausforderungen der demografischen Alterung konfrontiert. Die Unterschiede zwischen politischen Handlungsanforderungen und wirtschaftlicher Entwicklung innerhalb Deutschlands werden dadurch intensiviert.

Kontakt:

Britta Stöver
Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) mbH Osnabrück
stoever@gws-os.com

Loreto Bieritz
Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) mbH Osnabrück

Marc Ingo Wolter
Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) mbH Osnabrück

Jens Stuhldreier, Wiebke Joormann

Projekt SESAM - Spezifische Aktivierung von Migrantenunternehmen in der Region NiederRhein

Zuwanderung ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das uns vor zahlreiche individuelle, organisatorische und regionale Herausforderungen stellt. Zuwanderung bedeutet jedoch auch ein immenses ökonomisches Potenzial, das sich in der Bundesrepublik sukzessiv entfaltet. Migrantengeführte Unternehmen (MGU) spielen in der Region NiederRhein (Stadt Duisburg, Kreis Wesel, Kreis Kleve) schon lange eine wichtige Rolle und leisten durch die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze sowie ihre unternehmerische Tätigkeit insgesamt einen wichtigen Beitrag für eine erfolgreiche Integration von Zugewanderten in Regionen.

Der öffentlich geführte Diskurs um migrantische Selbstständigkeit war und ist durch etliche Stereotype charakterisiert. Vielfach wird angenommen, Unternehmen von Migranten seien mehrheitlich aus der Not geboren oder meist nur in ökonomisch randständigen Sektoren angesiedelt, die in erster Linie Bedürfnisse der ethnischen Gruppe decken. Seit etwa zwei Jahrzehnten findet in der Region NiederRhein ein bemerkenswerter Wandel in der Unternehmenslandschaft und in der Struktur beruflicher Selbstständigkeit von Migranten statt. Eine Vielzahl von MGU ist mittlerweile im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen tätig.

In ihrer Rolle als Unternehmer und Arbeitgeber leisten MGU einen wichtigen Beitrag sowohl zur System- als auch zur Sozialintegration, denn sie handeln an den Schnittstellen zwischen Kulturen. Sie bieten eine Arena zur interkulturellen Interaktion in der Zusammenarbeit mit einer Vielzahl kommunaler und regionaler Akteure. Beratungs- und Netzwerkstrukturen werden von MGU bisher selten genutzt, was jedoch nicht zwangsläufig auf die ethnische Herkunft der Geschäftsleitung zurückzuführen ist. Vielmehr ist die Beteiligung an regionalen (Unternehmer-) Netzwerken zur Vertretung gemeinsamer Interessen ein Instrument, welches viele kleine und mittelständische Unternehmen noch nicht für sich entdeckt haben.

Das Projekt nimmt seinen Ausgangspunkt in der Region NiederRhein (Duisburg, Wesel, Kleve), die einen hohen Besatz von MGU aufweist (Platz 3 nach Berlin und München). Das Projekt SESAM ist insofern innovativ und besitzt Referenzcharakter, da bislang keine systematischen Instrumente und Vorgehensmodelle zur Förderung der Diffusion der angesprochenen Thematik bei MGU vorliegen, die beide Zielgruppen - also die Unternehmer(-innen) mit Migrationshintergrund und deren Beschäftigte in den Mittelpunkt stellen. Auch werden erstmalig Wechselwirkungen zwischen dem personalwirtschaftlichen Know-how-Erwerb von Unternehmensleiter(inne)n mit Migrationshintergrund, dessen Umsetzung in Form von Maßnahmen zur Steigerung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter(innen) und deren Auswirkungen auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe untersucht.

Die Bereitstellung von kultursensiblen Beratungsinstrumenten und die Öffnung vorhandener Strukturen für die Migrantenökonomie, insbesondere auch in der Kommune Stadt Duisburg, liegen im Fokus des geplanten Beitrages. Das Projekt „SESAM – Spezifische Aktivierung von Migrantenunternehmen in der Region Niederrhein“ wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Rahmen der „Initiative Neue Qualität der Arbeit“ (INQA) gefördert und fachlich durch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) begleitet. Weitere Informationen unter www.sesam-niederrhein.de.

Kontakt:

Dr. Jens Stuhldreier
NUREC-Institute Duisburg e.V.
J.Stuhldreier@stadt-duisburg.de

Wiebke Joormann
RIAS – Rhein-Ruhr Institut für angewandte Systeminnovation e.V. Duisburg
wj@rias-institute.eu

David Westenberg

Smart Welcoming City?!

Wie intelligente kommunale Unterstützungsstrukturen für Einwanderer geschaffen werden können

Menschen in Not, Menschen aus Kriegsgebieten, Menschen, die unter Terrorregimen leiden, suchen eine bessere Zukunft in Deutschland. Die steigende Zahl der Geflüchteten stellt Städte und Nachbarschaften vor enorme Herausforderungen: Zum Beispiel müssen sie Unterkünfte und Wohnungen zügig finden und einrichten, eine angemessene Lebens- und Gesundheitsversorgung bereitstellen, Bildungszugänge für Kinder und Jugendliche ermöglichen, Sprach- und Integrationskurse anbieten, die frühzeitige Arbeitsmarktintegration angehen sowie letztlich die „Aufnahmegesellschaft“ sensibilisieren und die interkulturelle Öffnung der Zivilbevölkerung, gesellschaftlicher Institutionen und Organisationen aktiv unterstützen.

Lt. „OB-Barometer 2015“ des Difu ist die Versorgung von geflüchteten Menschen derzeit die drängendste Aufgabe für die Städte. Und auch wenn die Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen im Zuge der zunehmenden Einwanderung in erster Linie eine öffentliche Aufgabe von Bund, Länder und Kommunen ist, beschäftigen sich immer mehr Bürger*innen, Organisationen und Unternehmen mit der Frage, wie sie selbst helfen und die geflüchteten Menschen im Sinne einer Willkommenskultur bei der Ankunft in Deutschland unterstützen können. Diese Begegnungen und gemeinsamen Aktivitäten bewirken, dass Ängste und Vorurteile abgebaut werden. Vor allem jedoch sind sie wichtig für die geflüchteten Menschen, denn Ankommen ist leichter, wenn man spürt: Ich bin willkommen!

Die verschiedenen Stakeholder in der Flüchtlingsarbeit müssen allerdings einen erheblichen Teil ihres Engagements für Organisations- und Koordinationsaufgaben verwenden. Für die Geflüchteten wiederum ist es schwierig, sich einen Überblick über die vielfältigen Unterstützungsangebote und auch über eigene Mitwirkungsmöglichkeiten zu verschaffen. Erstaunlich wenig werden dabei bislang die Potenziale der Digitalisierung genutzt. Dabei können durch die intelligente Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik im Sinne des *Smart City*-Konzepts nachhaltige zukunftsorientierte Lösungen im Bereich der kommunalen Einwanderungs-, Flüchtlings- und Integrationspolitik implementiert werden. So fehlt eine interaktive digitale Dienste-Plattform, die öffentliche und private Angebote für Geflüchtete dauerhaft zugänglich und verlässlich zusammenführt und die Selbstorganisation der Stakeholder in der Flüchtlingsarbeit stärkt.

Im Rahmen des Beitrags soll den Fragen nachgegangen werden, *wie eine intelligente kommunale Unterstützungsstruktur für Einwanderer geschaffen werden kann, wie die bestehenden einwanderungsbezogenen Aktivitäten im Sinne einer Smart City miteinander verzahnt werden können und wie die intelligente Nutzung digitalen Technologien zur Entstehung von sozialen Innovationen in der Flüchtlingsarbeit beitragen können.*

Der Beitrag stellt die Idee der *Smart Welcoming City* in den Mittelpunkt. Hierbei wird das Ziel verfolgt, durch Verwendung digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien die Lebensqualität der Einwanderer zu verbessern und die Willkommenskultur in der Stadtgesellschaft zu stärken. Welche großen Potenziale hierin liegen, zeigen bereits vereinzelte lokale und bundesweite Projekte zu unterschiedlichen Themen der Flüchtlingsarbeit. Diese werden im Beitrag beispielhaft vorgestellt werden.

Kontakt:

David Westenberg
inter 3 GmbH - Institut für Ressourcenmanagement Berlin
westenberg@inter3.de